

**Stellungnahme des Beirates der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich zu
„Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“
als Beitrag auf dem Pilgerweg zur 3. EÖV in Sibiu/Hermannstadt**

Die ChristInnen Europas sind auf einem Pilgerweg zur 3. EÖV im September 2007 in Sibiu/Hermannstadt. Die Evangelische Kirche A.B. in Österreich wendet sich an die Schwesterkirchen in Europa, mit dem Vorschlag, auf diesem Weg das Thema „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“ vorrangig zu behandeln und legt dazu die folgende Stellungnahme des Beirates vor:

1.

Eine gerechte und solidarische Weltgemeinschaft ist heute keine Utopie mehr; „Eine andere Welt ist möglich“.

Die Faszination und die Dynamik des Kapitals bestimmen jedoch heute weithin die Welt.

Die Frage: Gott oder Mammon berührt alle Lebensbereiche und stellt uns vor die Entscheidung, wem wir unser Leben anvertrauen: Dem Gott der Liebe und Hingabe und des Teilens oder den Götzen der Konkurrenz und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

2.

Die Energie der Sonne, Luft und Wasser und die Schätze der Erde sind Gottes Gaben, die das Leben auf unserem Planeten erst möglich machen. Die Biosphäre ist jedoch akut bedroht. Die Begrenztheit der Ressourcen ist Ursache vielfacher Gewalt.

Ein zukunftsfähiger Umgang mit ihnen ist ein Gebot der Vernunft und der Verantwortung, wenn das Lebensrecht der heutigen Bewohner dieser Erde genau so außer Zweifel stehen soll wie das der zukünftigen.

3.

In den europäischen Konzepten einer sozialen Marktwirtschaft¹ erkennen wir das Interesse, dass der Markt das Wirtschaftsgeschehen leitet und andererseits das Ziel, dass die Grundbedürfnisse der Menschen, also eine Mindestversorgung in den Bereichen des Lebens, der Kultur und der Gesundheit, durch die Gesellschaft gewährleistet werden. Bei diesen sozialen Sicherheitsnetzen wird allerdings auch in den EU-Staaten immer mehr gespart, weil auf Grund politischer Entscheidungen dafür immer weniger Geld aus den staatlichen Budgets zur Verfügung steht.

4.

Angesichts der ungeheuren Dynamik und der ebenso ungeheuren Opfer einer deregulierten Wirtschaft – charakterisiert als „neoliberal“ – ist Besinnung und Umkehr dringend nötig und somit ein vordringliches Thema der 3. EÖV.

Der Reformierte Weltbund hat in seinem Schlussdokument zur Generalversammlung in Accra 2004 sehr deutlich gemacht, dass es sich bei den Fragen der globalen wirtschaftlichen Gerechtigkeit um Fragen des Glaubens handelt, an denen die Kirchen nicht vorbeigehen dürfen, wenn sie nicht die Integrität ihres Glaubens in Frage stellen wollen.

Accra hat eine kontroverielle Diskussion ausgelöst. Unsere Aufgabe ist in jedem Fall im Sinne des Evangeliums die Welt aus dem Blickwinkel der Benachteiligten zu betrachten und daraufhin ernsthaft unsere Verantwortung als Teil des einen weltweiten Leibes Jesu Christi wahrzunehmen.

5.

Die Kirchen Europas und ihre Einrichtungen sowie die eigenständigen Organisationen, wie Diakonie, Caritas usw. bilden eine beachtliche wirtschaftliche, geistige und öffentliche Größe. Wenn sie sich zu klaren Zielen in einem definierten Zeitrahmen verpflichten - als sichtbaren

¹Vgl. Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung - Positionspapier der Kommission Kirche und Gesellschaft der KEK, Im Folgenden „KEK-Papier“, S. 30

Beitrag zu der „anderen Welt“, die nötig und möglich ist - so kann das ein unüberhörbares Signal für Wirtschaft und Politik in Europa und weltweit werden.

Wir begrüßen und unterstützen, was jetzt schon in verschiedenen Pfarrgemeinden und Kirchen in diesem Sinne geschieht:

- a) Ethische Veranlagung der Finanzen
- b) Nachhaltiges Wirtschaften in den eigenen Heimen und Häusern
- c) Vorrang für „fair“produzierte und gehandelte Produkte
- d) Zusammenarbeit mit verschiedenen NGO's und Vernetzung im Sinn nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens und einer entsprechenden öffentlichen Meinungsbildung.

6.

Die Evangelische Kirche in Österreich, sowie die anderen Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich haben sich im *Sozialwort* des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich verpflichtet: (Wien, 1.Adventssonntag 2003)

Mehr Mittel als bisher für Bewusstseinsbildung zu Fragen der internationalen Politik und mehr Ressourcen für die Mitgestaltung internationaler Vorgänge bereitzustellen.² Bezahlte Arbeitszeit für Umweltschutz zur Verfügung zu stellen und sich und der Gesellschaft durch Energiebilanzen Rechenschaft zu geben.³

Verantwortungsbewusst zu wirtschaften durch Vorrang fair gehandelter und ökologischer Produkte, durch das Bemühen um ökologische und soziale Alternativen, ethische Veranlagung, Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zu einer gerechteren Wirtschaft⁴

Im Sinne der „vorrangigen Option für die Armen“ eine wirksame Anwaltschaftsarbeit für und mit Benachteiligten zu leisten⁵

Unsere Kirche strebt zudem, im Sinne der *Charta Oecumenica* III, eine *interreligiöse* Zusammenarbeit zu wirtschaftsethischen Fragestellungen an.

7.

Der Beirat regt an, dass die Evangelische Kirche A.B. im Rahmen des Prozesses „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“ folgende konkrete Projekte in den nächsten Jahren bearbeitet:

a) Wir suchen „Beispiele der Hoffnung“ in Pfarrgemeinden, Einrichtungen und Institutionen und sorgen für gebührende Beachtung

- Befragung von Pfarrgemeinden und kirchlichen Einrichtungen
- Präsentation von best-practice Beispielen auf der Homepage
- Auszeichnung von Beispielen der Hoffnung
-

b) Im Projekt „Energie im Dienst des Lebens“ wollen wir Modelle suchen und entwickeln, in denen durch gemeinschaftliche Lebens- und Organisationsformen die Energiebilanz wesentlich verbessert wird.

² Seite 104

³ Seite 112

⁴ Seite 78

⁵ Seite 84

8.

Wir treten ein für eine Reform des Weltwirtschaftlichen Systems, denn

- die Vergötzung des Marktes führt zu Ungerechtigkeit, sozialer Ungleichheit, Umweltzerstörung und Ausschluss der Armen⁶
- eine globale Wirtschaft braucht globale Regelungsmechanismen⁷

In den einschlägigen kirchlichen Dokumenten (*Westeuropäische Kirchenkonferenz in Soesterberg, Schlussdokument der Vollversammlung des LWB in Winnipeg, AGAPE Hintergrunddokument zur 9. Vollversammlung des ÖRK in Porto Alegre, Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung - Positionspapier der Kommission Kirche und Gesellschaft der KEK*) sowie in der entwicklungspolitischen und wirtschaftsethischen Diskussion werden immer wieder Kernforderungen erhoben, denen wir uns anschließen:

a) Zur Schuldenfrage:

„Die internationale Verschuldung ist zu einem Herrschaftsinstrument geworden, die Zinssätze sind mit Wucher gleichzusetzen, die Schulden sind vielfach nicht legitim (einschließlich der sogenannten odious debts)“⁸ Deshalb fordern wir

- Schuldenerlass für die ärmsten Länder (z.B. gemäß der Liste der 26 Least Developed Countries)⁹
- Nichtanerkennung illegitimer und moralisch verwerflicher Schulden¹⁰
IWF und Weltbank haben durch Kreditvergabe an Diktatoren wesentlich zur Anhäufung dieser „odious debts“ beigetragen. Der unüberwindbare Schuldenberg zwingt nun Länder mit hungernder Bevölkerung, Nahrungsmittel statt zur Versorgung der eigenen Bevölkerung als Viehfutter für den Weltmarkt zu produzieren.¹¹
- Anerkennung der historischen sozialen und ökologischen Schulden gegenüber den Ländern des Südens¹²
- Einrichtung eines internationalen Insolvenzrechtes (dem US Schiedsverfahren nachgebildet gem. Vorschlag K. Raffer.)

b) Umfassende Maßnahmen zu mehr internationaler und globaler Steuergerechtigkeit und zur Stärkung der öffentlichen Haushalte durch

- Einführung einer Devisentransaktionssteuer (Tobintax) zur Eindämmung der Finanzspekulationen bei gleichzeitiger Dotierung eines Entwicklungsfonds¹³.
- Multilaterale Vereinbarungen für eine global einheitliche Besteuerung Transnationaler Konzerne¹⁴
- Schließung der Steueroasen

c) Reform des internationalen Finanzsystems und Schutz der Lebensgrundlagen

- Demokratisierung der internationalen Finanzinstitutionen¹⁵ und der WTO

⁶ KEK-Papier, S. 21

⁷ KEK-Papier, S. 24

⁸ Winnipeg IX

⁹ Vgl. Soesterberg

¹⁰ Vgl. AGAPE 4.2

¹¹ Vgl. AGAPE 4,4

¹² Vgl. Soesterberg

¹³ Vgl. AGAPE 4,4

¹⁴ Vgl. Soesterberg

¹⁵ Vgl. Soesterberg und KEK-Papier S. 26

- Die Internationalen Finanzinstitutionen müssen mit den politischen und den Wirtschaftlichen, Kulturellen und Sozialen Menschenrechten¹⁶ im Einklang sein.
- Rechtliche Rahmenbedingungen, die soziale und umweltbezogene Rechenschaftspflicht für Unternehmen garantieren.¹⁷
- Die WTO-Verhandlungen zur Privatisierung der Dienstleistungen¹⁸ sollten eingestellt werden.
- Gentechnik in der Landwirtschaft wurde in Osteuropa z.T. massiv eingesetzt. Viele Beispiele weltweit zeigen, dass eine Koexistenz mit naturnaher Landwirtschaft nicht möglich ist und irreversible Schäden die Folge sind. Wir streben ein europäisches Anbauverbot an.

d) Erhöhung der öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit seitens der Industrieländer *mindestens* auf die von der UNO seit Jahren geforderten 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes¹⁹, wozu sich auch alle OECD-Länder verpflichtet haben. (Das weltweite Entwicklungshilfefaufkommen beläuft sich auf wenig mehr als 50 Mrd. Dollar / Jahr, die Rüstungsausgaben hingegen auf ca. 1000 Mrd. Dollar / Jahr.)

Die Mitglieder des Beirates ersuchen die Mitglieder und Gremien der Evangelischen Kirche in Österreich um verstärkte Auseinandersetzung mit diesem Thema und um Umsetzung der vorgeschlagenen Projekte.

Wir ersuchen die Partnerkirchen in Europa, dieses Thema als Schwerpunkt für die 3. Europäische Ökumenische Versammlung aufzunehmen.

Wir ersuchen die staatliche und zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit um rasches und wirksames Handeln im Sinn dieser Erfordernisse.

Für die Evangelische Kirche A.B. in
Österreich

Für den Beirat

Mag. Herwig Sturm
Bischof

Pfarrer Mag. Norman Tendis
Kordinator des Prozesses

¹⁶ UNO-Menschenrechtscharta zu den „WSK-Rechten“, vertreten u.a. durch die Menschenrechtsorganisation FIAN

¹⁷ Vgl. Soesterberg

¹⁸ Vgl. Soesterberg

¹⁹ Vgl. AGAPE 4,4